NIEDERSCHRIFT

über die 0. Beratung der Gemeindevertretung am 11.04.2013

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Bürgersaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:45 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Eröffnung der Sitzung der Gemeindevertretung Kleinmachnow und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur Sitzung an alle Gemeindevertreter fristgemäß erfolgte.

TOP 1.1 Verabschiedung von Herrn Grützmann aus der Gemeindevertretung und Begrüßung von Herr Göritz als nachrückendes Mitglied in der Gemeindevertretung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Warnick, und der Bürgermeister, Herr Grubert, verabschieden Herrn Grützmann, der am 26. Februar 2013 sein Mandat als Gemeindevertreter abgegeben hat, bedanken sich bei ihm für die geleistete Arbeit und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute. Als Nachrücker für die Fraktion WIR wird Herr Axel Göritz in der Gemeindevertretung begrüßt.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 11. April 2013

Als Tischvorlagen an alle Mitglieder der GV wurden verteilt:

- DS-Nr. 035/13
- Informationen zur DS-Nr. 011/13
- Beantwortung von Anfragen

- Herr Warnick gibt Erläuterungen zur Dringlichkeit der DS-Nr. 035/13. Aus der Gemeindevertretung gibt es keinen Widerspruch, den Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen. Die DS-Nr. 035/13 wird in die Tagesordnung aufgenommen und unter dem TOP „Anträge“ als TOP 10.1.5. behandelt. Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die geänderte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am

11. April 2013 wird festgestellt.

TOP 3 Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 21. Februar 2013

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 21. Februar 2013 vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 21. Februar 2013 wird festgestellt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

- 1. Herr Liebreuz, Fichtenhof 10**
 - 1.1. Welche Informationen wurden am Montag auf der Veranstaltung zum Neubau der 3. Grundschule gegeben?**

Bürgermeister Herr Grubert

In der Informationsveranstaltung am vergangenen Montag wurde zum Ideenwettbewerb der drei ausgewählten Architekten und über die Kosten des Schulneubaus berichtet. Es wurde informiert, dass in der kommenden Ausschusssrunde, die am nächsten Montag beginnt, über die ersten Schritte für die Einleitung des Auswahlverfahrens eines Architekten beraten wird. Auf der Sitzung der Gemeindevertretung am 16. Mai 2013 soll ein Architekt ausgewählt werden, der die Planungsstufen 1-3 für die Errichtung der Grundschule mit Hort bearbeitet. Wir sind auf einem guten Weg, wobei zur Festlegung der Kosten noch Klärungsbedarf besteht.

- 2. Herr Weinert, Erlenweg 70**
 - 2.1. Heute soll endlich über die Bauarbeiten im Erlenweg entschieden werden. Vor sieben Jahren gab es 16 Kinder im Abschnitt zwischen der Heinrich-Mann-Straße und der Käthe-Kollwitz-Straße. Es wurde damals beantragt, diesen Abschnitt zu einer Spielstraße zu machen. Das kam aber zum damaligen Zeitpunkt nicht in Frage. Sobald der Ausbau beendet ist, sollte der Antrag noch einmal gestellt werden, hieß es. Der Hauptausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung für Kopfsteinpflaster ausgesprochen. Wenn heute Kopfsteinpflaster beschlossen wird, dann ist das Projekt Spielstraße endgültig vom Tisch. Ich fordere die Mitglieder dieser Gemeindevertretung auf, sich heute für Asphalt auszusprechen.**

Bürgermeister Herr Grubert

Der Beschluss zum Straßenausbau Erlenweg wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung zurückgezogen, weil es eine rechtliche Prüfung hinsichtlich der Kostentragungspflicht gab. Die Stellungnahme der rechtlichen Prüfung ist gestern eingegangen. Der Grund, warum ich es heute erneut von der Tagesordnung nehme, ist folgender: In dem Baugebiet befindet sich das Augustinum. Zwischen dem Augustinum und der Gemeinde Kleinmachnow ist Anfang der 90er Jahre ein städtebaulicher Vertrag geschlossen worden, in dem festgelegt ist, dass die Erschließung der Käthe-Kollwitz-Straße vom Augustinum übernommen wird. Die rechtliche Folge,

die wir bei der Aufarbeitung der Angelegenheit festgestellt haben und die uns auch von den Anwälten in einem Rechtsgutachten bestätigt wurde, ist die, dass das Augustinum an zukünftigen Erschließungsmaßnahmen finanziell nicht mehr zu beteiligen ist, da es damals die Erschließungskosten der Käthe-Kollwitz-Straße übernommen hat. Die Kosten in Höhe von ca. 230.000 Euro müssen jetzt nicht von den Anwohnern, sondern von der Gemeinde Kleinmachnow übernommen werden. Aus diesem Grund wird der Beschluss heute von der Tagesordnung genommen und nächste Woche im Finanzausschuss beraten, da dies eine neue finanzielle Situation darstellt. Wir als Kommune sind der Auffassung, dass Spielstraße und Asphalt eine vernünftige Lösung sind. Meine Unterstützung haben sie. Wenn die Mehrheit der Gemeindevertretung einer anderen Auffassung ist, werde ich es bedauern, aber akzeptieren müssen.

3. Herr Prof. Dr. Faensen, Clara-Zetkin-Straße 29

3.1. Ich habe zwei Wahlperioden als Gemeindevertreter hier mitgearbeitet und ich habe mehreren Haushaltsplänen nicht zugestimmt, weil keine Kosten für das betreute Wohnen vorgesehen waren. Unter TOP 7 steht heute das gleiche Problem zur Diskussion und ich habe den Eindruck, dass es wieder nichts anderes werden wird, als ein barrierefreies Wohnen. Nach wie vor haben wir nur die Bipolarität zwischen dem barrierefreiem Wohnen, dem einfachen Wohnangebot, und dem Augustinum. Wir haben keine dritte Lösung, nichts für den Mittelstand. Warum wird vorgesehen, in der Richtlinie den Satz zum Betreuungsangebot zu streichen?

Bürgermeister Herr Grubert

Ich schließe mich Ihrer Meinung an. Da die Maßgabe zur Streichung des Satzes aber aus den Ausschüssen kam, möchte ich die Frage gern an die Mitglieder der Gemeindevertretung weitergeben.

Herr Templin, Vorsitzender Fraktion BIK

Heute soll die Vergaberichtlinie für die Wohnungen beschlossen werden. Das hat nichts damit zu tun, wie die Wohnungen ausgestattet sind und auch nicht mit den Kosten für diesen Bau, sondern ist einfach abgeleitet aus dem Förderzweck der 400.000 Euro, die die Gemeinde Kleinmachnow zu diesem Bau dazugegeben hat und das dieser Förderzweck umgesetzt wird, in dem nämlich die für diesen Förderzweck besonders Bedürftigen auch vorrangig diesen Wohnraum bekommen. Deshalb haben wir diesen Satz streichen lassen. Wenn der Satz drin stünde, würde das an nichts etwas ändern. Ob diese Wohnungen auch mit der entsprechenden Kostenumsetzung errichtet und vermietet werden ist nicht Gegenstand der Förderrichtlinie, sondern Entscheidung der gewog.

Bürgermeister Herr Grubert

Ich bin der Auffassung, dass es in die Förderrichtlinie gehört, da die Belegung der Wohnungen über die Gemeinde Kleinmachnow erfolgen soll. Das Belegungsrecht soll die Gemeinde Kleinmachnow haben. Wenn es in der Förderrichtlinie und in den Belegungskriterien nicht enthalten ist, haben wir die unglückliche Situation, dass sich die Interessierten bei der Gemeinde anmelden und dann zur gewog gehen und feststellen, dass es eine Wohnung mit Serviceleistungen wird. Um das zu vermeiden, halte ich es für sinnvoll, wenn es einen Gleichklang gibt zwischen Förderrichtlinie, wo enthalten ist „verpflichtend mit Serviceangebot“ und der tatsächlichen Belegung durch die Gemeinde Kleinmachnow. Der Aufsichtsrat der gewog wird sich in seiner

nächsten Sitzung ausdrücklich dahingehend positionieren, dass diese Wohnungen mit Serviceangebot errichtet werden sollen. Dafür stehe ich als Gesellschafter und ich denke, dass viele Gemeindevertreter, die jahrelang im Aufsichtsrat der gewog dafür mitgekämpft haben, die Auffassung des Gesellschafters unterstützen werden. Ich fände es sehr sinnvoll, wenn die Förderrichtlinie der Gemeinde Kleinmachnow und das Handeln der gewog einen Gleichklang hätten, so dass alle Interessenten wissen, diese Wohnungen sind mit einem Serviceangebot verknüpft.

Herr Templin, Vorsitzender Fraktion BIK

Um einen Konsens festzustellen, dass dieser Satz drin steht, dient ausschließlich des informellen Gleichklanges, hat aber keine Auswirkungen darauf, was tatsächlich von der gewog entschieden wird. Da habe ich Sie doch richtig verstanden?

Bürgermeister Herr Grubert

Das ist richtig, aber die gewog positioniert sich zu dem, was in der Richtlinie enthalten ist.

Herr Dr. Mueller, Fraktion B 90/Grüne

Die Worte, die der Bürgermeister gerade geäußert hat, möchte ich noch einmal unterstreichen. In der Förderrichtlinie im Punkt 5 unter „Sonstiges“ steht der Satz: „...auf die Vermietung barrierefreies Wohnen mit Betreuungsangebot.“ In dieser Richtlinie ist der Ausdruck Betreuungsangebot enthalten und wenn wir der Maßgabe folgen und den Satz streichen, ist hier ein Widerspruch, der nicht sein darf.

Frau Krause-Hinrichs, Fraktion SPD/PRO

Das betreute Wohnen ist das, was Zukunft hat und was auf uns Alle irgendwann einmal zukommen wird. Das sollte an dieser Stelle auch nicht weggemogelt werden. Ich bin sehr dafür, dass die Richtlinie so bestehen bleibt, wie sie ist.

TOP 5	Mitteilungen, Informationen, Berichterstattungen
--------------	---

TOP 5.1	Information der Polizei zum Thema "Künstliche DNA"
----------------	---

Herr Jobst von der Polizeidirektion Ost stellt das Projekt „Präventionsstrategie künstliche DNA“ vor. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Nachfragen:

Herr Templin, Vorsitzender Fraktion BIK

Damit es präventiv wirkt wäre es gut, wenn der Einbrecher gleich wüsste, dass ich meine Gegenstände und Wertobjekte entsprechend markiert habe. Ich möchte ja nicht, dass er sie klaut. Das haben Sie hier nicht expliziert erwähnt.

Herr Jobst, Polizeidirektion Ost

Danke für den Hinweis, das habe ich nicht erwähnt. Es ist Teil dieser Präventionsstra-

tegie, dass ich mein Eigentum ausweisen muss. Bei den meisten Anbietern gibt es ca. 50 kleine Aufkleber, womit ich gesicherte Gegenstände oder Bereiche ausweisen kann. In Prenzlau gab es einen Einbruch in einer Lackiererei. Der Eigentümer war sehr betroffen, von dem Einbruch, aber nicht ganz so traurig, weil die hochwertigen Geräte, die 15.000 bis 20.000 Euro kosteten und markiert waren und deren Markierung auch ausgewiesen war, wurden nicht mitgenommen. Der Täter hätte es mitnehmen können, hat es aber nicht mitgenommen und darauf zielen wir ab.

Frau Krause-Hinrichs, Fraktion SPD/PRO

Was soll das kosten und wie soll das umgesetzt werden?

Herr Jobst, Polizeidirektion Ost

In den meisten Fällen haben die Kommunen die Möglichkeit, Fördermittel vom Landespräventionsrat zu generieren. Diese bedürfen aber jetzt nach der Explorationsstudie einer sehr genauen Vorbereitung.

TOP 5.2 Bericht des Bürgermeisters

Einwohnerzahlen per 11.04.2013

Hauptwohnung: 20.180
Nebenwohnung: 784

Eichenprozessionsspinner

Maßnahmenübersicht zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners (EPS) 2013 in Kleinmachnow

1. Ausgangssituation in Kleinmachnow

Eichenbestand auf Flächen mit verschiedenen Nutzungsarten und Eigentumsformen:

- Wald der Gemeinde KLM, Brandenburger Forst und Berliner Forst ,
- Straßenbäume auf kommunalen Straßen und der Landesstraße L 77 (Land Brandenburg),
- Eichen auf öffentlichen Plätzen und Grünflächen,
- Eichen auf Privatgrundstücken.

2. Koordinierte Zusammenarbeit im Landkreis PM für Waldflächen und Alleebäume an Landesstraßen

Die Befliegung betroffener Waldflächen mit dem biologischen Insektizid „Dipel ES“ nach Pflanzenschutzrecht (Notfallzulassung) und Einhaltung von Abstandflächen zu Siedlungsbereichen, erfolgt durch den Landesbetrieb Forst Land Brandenburg Ende April/Mai nach einem landesweiten Einsatzplan mit kurzfristiger Information der Kommunen für mögliche Sperrungen bzw. Einschränkungen für Aufenthalte im Freien.

Befliegungsgebiete:

- Wald der Brandenburger Forsten im Ortsteil Dreilinden
- 3,5 ha Gemeindewald am Stahnsdorfer Damm/A115

Landesstraße L77 in Kleinmachnow - Ausbringung des Mittels Dipel ES mit Bodengeräten (Sprühkanone) in die Eichenkronen.

3. Maßnahmen der Gemeinde Kleinmachnow

- prophylaktische Spritzung der Eichen auf Kita- und Schulgrundstücken mit dem zugelassenen Biozid NeemProtect Ende April/Anfang Mai,
- Aufstellung von 50 Informationstafeln im gesamten Gemeindegebiet,
- mechanische Bekämpfung durch Absaugen der Nester befallener Eichen auf öffentlichen Straßen, Grünflächen und an Waldrändern,
- Bekämpfungsmaßnahmen auf Privatgrundstücken liegen in der Eigenverantwortung der jeweiligen Grundstücks- und Baumeigentümer.

Hinweise auf EPS-Befall nehmen das Bürgerbüro (Tel.: 877-1301 bis -1304) und das Ordnungsamt (877-2211 und -2111) entgegen.

Frühjahrsputz

Am 13. April 2013 findet der traditionelle Frühjahrsputz in der Gemeinde, organisiert von der Arbeitsgruppe Landschafts- und Naturschutz der Lokalen Agenda 21 und der Gemeinde Kleinmachnow, statt. Beginn ist 10:00 Uhr an verschiedenen Treffpunkten (siehe Internet). Um 12:00 Uhr gibt es ein kleines Dankeschön des Bürgermeisters an die Helfer im Innenhof des Rathauses. Ich hoffe auf eine rege Beteiligung.

Autofreie Schule

Um dem allmorgendlichen Verkehrschaos und den Staus vor den Schulen in Kleinmachnow langfristig ein Ende zu bereiten, initiierte die Gruppe Verkehr der Lokalen Agenda 21 Kleinmachnow eine Woche der „Autofreien Schule“. Vom 15. bis 19. April 2013 wird, wie bereits angekündigt und berichtet, in allen Grundschulen der Gemeinde dazu aufgefordert, das Auto nicht zum Bringen bzw. Abholen der Schüler zu verwenden. Alle Verkehrsteilnehmer werden um besondere Aufmerksamkeit gebeten.

Spielplatz Ameisengasse

Der Spielplatz Ameisengasse ist in dieser Woche wieder eröffnet worden. Im Rahmen eines Schulprojektes waren auch Schüler der Grundschule Auf dem Seeberg an Planung beteiligt. Spielgerüst mit Rutsche, Kletter- und Balanciermöglichkeiten. Mit dem Holzbildkünstler Ulli Kittelmann arbeiteten zudem Schüler der 5. Klasse aus einem riesigen Stück Holz eine Ameise heraus, die nun zum Sitzen und Balancieren genutzt wird.

Freibad Kiebitzberge

Gestern wurden die Verträge zur gemeinsamen Freibad Kiebitzberge GmbH von den drei Bürgermeistern unterzeichnet. Es ist wunderbar, dass es gelungen ist, die Verantwortung für das Freibad auf alle drei Kommunen zu verteilen, denn nur so ist dessen Zukunft zu sichern. Nun gilt es, insbesondere die Sanierung voranzutreiben. Die Stelle des/der Geschäftsführer/in wird ausgeschrieben. Die bisher bei der gewog angestellten Mitarbeiter für das Freibad werden in die neue Gesellschaft übernommen.

Bauarbeiten Steinweg-Schule

Sanierung Mehrzweckraum

Die Sanierung des Mehrzweckraumes ist abgeschlossen. Im Außenbereich sind noch einige Restarbeiten zu erledigen.

Anbau

Die Bauarbeiten sind im Gange; der Rohbau beginnt. Mit einer Fertigstellung ist nach jetzigem Stand der Dinge im Januar/Februar 2014 zu rechnen.

Schnelles Internet

Die Deutsche Telekom AG plant, das Telefonnetz im Gebiet der Gemeinde Kleinmachnow auf ein modernes VDSL-Breitbandnetz aufzurüsten. Erste Arbeiten dazu sind im Gange und sollen im Spätsommer abgeschlossen sein.

Winzerfest

Vom 3. bis 5. Mai 2013 findet auf dem Rathausmarkt wieder das Winzerfest statt.

Reise in die Partnerstadt Schopfheim

In diesem Jahr fährt eine Delegation der Gemeinde Kleinmachnow in die Partnerstadt Schopfheim. Ich würde mich freuen, wenn auch möglichst viele Gemeindevertreter daran teilnehmen. Zurzeit wird darüber nachgedacht, ob die Gemeinde Kleinmachnow noch eine zweite Städtepartnerschaft eingeht.

Nachfragen:

Herr Singer

Die Wippe auf dem Spielplatz Ameisengasse ist verschwunden. Die Wippe wurde gerade von den kleinen Kindern sehr viel genutzt. Das neue Spielgerät ist für kleine Kinder nur schwer erkletterbar. Wird eine neue Wippe aufgebaut?

Bürgermeister Herr Grubert

Sie haben Recht, Herr Singer. In der ersten Planungsstufe war das nicht vorgesehen. Die Verwaltung wird sich bemühen, den Spielplatz in diesem Jahr noch um eine Wippe ergänzen zu können.

Frau Krause-Hinrichs

Kann geprüft werden, ob es die Möglichkeit gibt, für Spielplätze eine Art von kleiner fahrender Gastronomie z. B. Espressostand einzurichten? Von Eltern werde ich immer wieder darauf angesprochen.

Bürgermeister Herr Grubert

Mit so einer Frage habe ich nicht gerechnet. Ich werde darüber nachdenken.

Herr Dr. Mueller

In der Landwirtschaft wird, bevor ein chemisches Mittel angewendet wird, eine Überwachung durchgeführt, das heißt, dass z. B. bei Getreideblattläusen der Landwirt über den Acker geht und schaut wie viele Getreideblattläuse an wie vielen Stengeln vorhanden sind. Ist beim Eichenprozessionsspinner vorgesehen, eine professionelle Überwachung des Befalls durchzuführen? Es kann durchaus möglich sein, dass auf Grund der Witterungsverhältnisse des letzten Winters, die Schlupfrate verzögert oder vielleicht auch deutlich verringert ist. Das halte ich für ausgesprochen wichtig um möglicherweise Kosten zu sparen und um die Dinge auch zeitlich so exakt voranzutreiben, dass wir den optimalen Erfolg haben.

Bürgermeister Herr Grubert

Im Grünamt halten Frau Butzmann und Frau Schreiber mittels einer Liste fest, wo wir in den vergangenen zwei bis drei Jahren den Befall hatten und wo wir den Befall jetzt haben. Die von Ihnen vorgebrachte Anregung kann mit den Brandenburger Forsten diskutiert werden, ob man so etwas professionell machen kann, auch für den gesamten Landkreis.

Frau Sahlmann

Ich wollte nur kurz anmerken, dass auch der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) Mitveranstalter der Initiative „Autofreie Schule“ ist. Am Freitag, den 19. April 2013, findet eine gemeinsame Abschlussveranstaltung der Initiatoren und Schulen auf dem Rathausmarkt statt. Alle Gemeindevertreter sind eingeladen, einmal an den Ständen vorbeizuschauen. Die Schulen präsentieren sich und der ADFC führt in Zusammenarbeit mit der Polizei Fahrradcodierungen durch. Das ist ein guter Abschluss und eine Anregung weiter fortzufahren und nicht nur eine Woche das Fahrrad zu benutzen.

TOP 5.3 Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung

Gedenkveranstaltungen

Am 8. Mai 2013 finden aus Anlass des Endes des Zweiten Weltkrieges in der Gemeinde Kleinmachnow wieder Gedenkveranstaltungen statt. Erster Treffpunkt um 15:00 Uhr ist das Sowjetische Ehrenmal in der Hohen Kiefer. Anschließend finden noch Gedenkveranstaltungen am Odf-Platz und auf dem Waldfriedhof statt.

Beanstandung des Beschlusses DS-Nr. 204/12

Die beiden Abstimmungen zur DS-Nr. 204/12 vom 13. Dezember 2012 und 17. Januar 2013 wurden nach der Beanstandung durch den Bürgermeister von der Kommunalaufsicht geprüft und mit Schreiben vom 15. März 2013 für rechtswidrig erklärt. Dieses Schreiben ist allen Gemeindevertretern zugegangen. Dem Bau des Bio-Supermarktes steht somit nichts im Wege.

Anmerkung von Herrn Templin

Ich möchte Sie nur dahingehend korrigieren, dass der Beschluss, den die Gemeindevertretung gefasst hatte nicht hieß, dass sie dort keinen Bio-Markt wollte, sondern, die entwicklungsrechtliche Genehmigung zu versagen, bis das Bebauungsplanverfahren abgeschlossen ist. Das dient auch den Rechten der Gewerbetreibenden hier. Die Begründung der Kommunalaufsicht lag darin, und sie schloss sich damit der Rechtsauffassung des Bürgermeisters an, dass die Gemeinde dieses Bebauungs-

planverfahren nicht ernsthaft betrieben hätte, also zeitlich. Es gäbe keine sachlichen Gründe, warum es so lange gedauert hätte und damit kann die Gemeinde keinen Rechtsanspruch herleiten, die verkehrliche Situation in diesem Bereich zu klären. Es hat also nichts mit pro oder contra Bio-Markt zu tun, sondern es geht einfach darum, dass die Gemeinde angetreten ist, hier die verkehrliche Situation zu verbessern und das ihr mit diesem Bau eine Möglichkeit quasi versagt wird. Nicht mit dem Bau als solchem, sondern mit der Inanspruchnahme des gesamten Grundstücks.

TOP 5.4 Bericht der Schiedsstelle für das Jahr 2012

Der Bericht der Schiedsstelle für das Jahr 2012 liegt in schriftlicher Form vor. Die Vorsitzende der Schiedsstelle, Frau Stahn, gibt für die anwesenden Gäste eine Zusammenfassung des Berichtes.

Nachfragen:

Frau Sahlmann

Wie viele Fälle lagen 2012 vor?

Frau Stahn

Sieben Fälle lagen vor.

TOP 6 Satzungen und Beschlüsse nach BauGB/BauO, Bauangelegenheiten

TOP 6.1 Straßenbau "Erlenweg"

DS-Nr. 155/12

Die Straße Erlenweg zwischen Heinrich-Mann-Straße und Kiefernweg soll erstmalig hergestellt werden. Das Bauprogramm umfasst folgende Parameter:

1. Fahrbahn
 - 1 a. Abschnitt zwischen Kiefernweg und Käthe-Kollwitz-Straße
 - Befestigung mit Asphalt,
 - Breite 5,00 m.
 - 1 b. Abschnitt zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Heinrich-Mann-Straße
 - Befestigung mit Granitkleinsteinpflaster,
 - Breite 5,00 m,
 - Reduzierung der vorhandenen Fahrbahnfläche im Bereich Einmündung Käthe-Kollwitz-Straße/Erlenweg auf das in der Anlage dargestellte Maß.
2. Gehweg
 - Breite 1,20 m in Granitmosaikpflaster, eingefasst mit Tiefborden,
 - zwischen Kiefernweg und Käthe-Kollwitz-Straße einseitig,
 - auf der nordwestlichen Seite im Abschnitt zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Heinrich-Mann-Straße beidseitig.

3. Grundstückszufahrten
 - Herstellung in Granitkleinsteinpflaster – vollgebundene Bauweise
4. Straßenbeleuchtung
 - einseitig, Bauart gleich wie Heinrich-Mann-Straße, Typ ARC 80
5. Verlängerung der vorhandenen Regenwasserentwässerung um eine Haltung in Richtung Heinrich-Mann-Straße.
6. Baumpflanzung zur Herstellung einer geschlossenen Allee, mit Ausnahme nord-westlicher Gehwegbereich zwischen Kiefernweg und Käthe-Kollwitz-Straße.

Anlagen

1. Entwurfsplanung Ausbau Erlenweg, Blatt 1 und 2 vom 07.09.2012
2. Zur Information – Foto Lampentyp Heinrich-Mann-Straße

- Die Beschlussvorlage wird durch den Bürgermeister zurückgestellt (siehe Begründung in TOP Einwohnerfragestunde, Punkt 2).

TOP 6.2

Entwurf Lärmaktionsplan, Stufe 2, hier: erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden

DS-Nr. 011/13

1. Der aktualisierte Entwurf des Lärmaktionsplanes für die Gemeinde Kleinmachnow, 2. Stufe (vgl. Anlage) wird gebilligt.
2. Die Anregungen und Hinweise, die im Rahmen der ersten Information und Mitwirkung der Öffentlichkeit sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf im Zeitraum vom 09.08. bis 17.09.2010 eingegangen sind, wurden geprüft. Das Prüfergebnis ist in den unter „Anlage II“ beigefügten Abwägungstabellen dargestellt.
3. Zu dem aktualisierten Entwurf sind entsprechend § 47 d Abs.3 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) die Öffentlichkeit sowie die von der Lärmaktionsplanung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (z. B. Straßenbaulastträger) zu hören.
Der Bürgermeister wird beauftragt, die Öffentlichkeit durch eine Auslegung des aktualisierten Entwurfes sowie eine ergänzende Erörterungsveranstaltung zu beteiligen. Hierzu sind angemessene Fristen mit einer ausreichenden Zeitspanne vorzusehen.

Anlagen

1. Entwurf „Lärmaktionsplan für die Gemeinde Kleinmachnow, 2. Stufe“, Stand: Februar 2013
2. Zur Information: DS-Nr. 077/10 vom 01.07.2012 „Öffentlichkeits- und TöB-Beteiligung Entwurf Lärmaktionsplan Stufe 2“
3. Zur Information: DS-Nr. 188/11 vom 21.11.2011 „Ausweisung ruhiger Gebiete im Rahmen der Lärmaktionsplanung“

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 011/13 beteiligt sich:

Frau Sahlmann

Abstimmung zur DS-Nr. 011/13:

Die DS-Nr. 011/13 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 6.3

Einleitung der 16. Änderung des Flächennutzungsplanes Kleinmachnow KLM-FNP-16 für Flächen im Bereich Neue Hakeburg (Aufstellungsbeschluss)

DS-Nr. 013/13

1. Der Flächennutzungsplan Kleinmachnow (FNP) soll geändert werden. Die 16. Änderung des Flächennutzungsplanes KLM-FNP-16 umfasst die Änderung von dargestellten Nutzungsarten und Bauflächen im Bereich der Neuen Hakeburg (vgl. Anlage 1, Kennzeichnung des Änderungsbereiches). Mit der Änderung des FNP soll die Nutzung der Burganlage zu Wohnzwecken planungsrechtlich vorbereitet werden.
2. Der Einleitungsbeschluss ist ortsüblich bekanntzumachen.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, zu der beabsichtigten Änderung des Flächennutzungsplanes einen Vorentwurf erarbeiten zu lassen, der der Gemeindevertretung zur Billigung vorzulegen ist. Daran anschließend ist eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Anlagen

1. Kennzeichnung des Änderungsbereiches KLM-FNP-16 für Flächen im Bereich Neue Hakeburg
2. Auszug aus dem FNP in der wirksamen Fassung
3. Zur Information: Bebauungsplanverfahren KLM-BP-025-2, Aufstellungsbeschluss DS-Nr. 164/12 vom 13.12.2012

➤ Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 013/13 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Herr Templin
Frau Krause-Hinrichs
Frau Sahlmann

Änderungsantrag von Frau Sahlmann - Aufnahme eines Punktes im Flächennutzungsplan, Seite 25

Der öffentliche Uferweg ist in voller Länge auf dem Grundstück zu erhalten.

An der weitem Aussprache zur DS-Nr. 013/13 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Herr Musiol
Frau Sahlmann

Abstimmung zum Änderungsantrag:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung zur DS-Nr. 013/13:

Die DS-Nr. 013/13 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 7	Barrierefreies Wohnen Heinrich-Heine-Straße
--------------	--

TOP 7.1	Richtlinie zur Vergabe von Wohnraum im Barrierefreien Wohnen Heinrich-Heine-Straße	DS-Nr. 010/13
----------------	---	----------------------

Zur Vergabe des barrierefreien Wohnraums in der Heinrich-Heine-Straße wird die „Richtlinie zur Vergabe von Wohnraum im Barrierefreien Wohnen Heinrich-Heine-Straße mit Betreuungsangebot“ (vgl. Anlage 1) beschlossen.

Maßgaben des Hauptausschusses

1. Ziffer 3.3 der Richtlinie wird wie folgt neu gefasst:
„Zur Reihenfolge des Belegungsrechts für Berechtigte nach Nr. 3.1 wird bei der Gemeinde im Fachbereich Bauen/Wohnen eine Rangliste geführt. Die Vergabe erfolgt auf der Basis der Punktberechnung nach Nr. 3.2. Die höhere Punktzahl hat jeweils den Vorrang, bei Punktgleichheit entscheidet das Antragsdatum.“
Der bisherige zweite Anstrich wird ersatzlos gestrichen.
2. In Ziffer 1.0 wird der letzte Satz:
„Im Barrierefreien Wohnen Heinrich-Heine-Straße wird ein Betreuungsangebot mit Serviceleistungen eingerichtet, das verpflichtend von allen Bewohnerinnen und Bewohnern zu tragen ist.“
ersatzlos gestrichen.

Anlagen

1. Richtlinie zur Vergabe von Wohnraum im Barrierefreien Wohnen Heinrich-Heine-Straße mit Betreuungsangebot
2. Zur Information: Entwurf der Richtlinie, Stand 04.03.2013 mit sichtbaren Änderungen zum Stand 12.11.2012
3. Zur Information: Beispielrechnungen zur Richtlinie Stand 03/13
4. Zur Information: dasselbe, hier Stand 11/2012
5. Zur Information: DS-Nr. 106/12 vom 06.03.2012, mit Maßgabe, ohne Anlagen

➤ Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

Durch den Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Herrn Dr. Franke, wurde im Vorfeld der Sitzung Rederecht beantragt. Dem Rederecht wird stattgegeben.

Vorsitzender des Seniorenbeirates, Herr Dr. Franke

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Gemeindevertretung,

im Namen des Seniorenbeirates bedanke ich mich, dass wir unsere Meinung zu der anstehenden Beschlussvorlage darlegen können. Wir sehen eine große Chance darin, dass mit der Anlage für barrierefreies Wohnen mit Betreuungsangebot mit Serviceleistungen vielen älteren Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen weitere Jahre für ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden kann. Wie bereits in vielen anderen Städten und Gemeinden hätten auch wir damit eine zukunftsorientierte Wohnform für Senioren. Diese sich jetzt bietende Möglichkeit sollten wir unbedingt nutzen, denn es wird auf Jahre hinaus in Kleinmachnow kein derartiges Wohnprojekt geben. Dass das Betreuungsangebot im Interesse einer großen Zahl von Bewerbern ist, zeigt das Ergebnis einer ersten Umfrage, nach der es 47 Bewerber wünschen. Dennoch ist es notwendig, dass alle Mieter mit dem Mietvertrag auch einen Vertrag zum Betreuungsangebot mit Serviceleistungen abschließen. Wenn Mieter glauben, sie könnten mit dem Abschluss des Betreuungsangebotes noch warten oder brauchten es nicht, müsste der übrige Teil der Nutzer mehr bezahlen. Außerdem können Anbieter von Serviceleistungen in einer Wohnanlage nicht differenzieren, wer sie nutzen darf und wer nicht. Deshalb ist die Maßgabe 2, die im Schul-, Kultur- und Sozialausschuss mehrheitlich beschlossen wurde, zu streichen. Diese Maßgabe besagt, dass der Satz in der Vergaberichtlinie „im barrierefreien Wohnen Heinrich-Heine-Straße wird ein Betreuungsangebot mit Serviceleistungen eingerichtet, das von allen Bewohnern und Bewohnerinnen zu tragen ist“ ersatzlos gestrichen wird. Das würde das Scheitern des Betreuungsangebotes mit Serviceleistungen bedeuten. Von den Mitgliedern der Gemeindevertretung, die der Maßgabe 2 bisher zustimmten, werden als Grund zusätzlich zur Kaltmiete anfallende Kosten für das Serviceangebot genannt. Nach bisherigen Recherchen bei potentiellen Anbietern liegen diese bei 50–70 Euro/Mieter. Im Vergleich dazu ist für einen Platz im SenVital zusätzlich zum Anteil der Pflegekasse in der Pflegestufe 1 eine Eigenanteil von 1.300 Euro pro Monat zu zahlen und bei Ehepaaren, wenn nur ein Partner die Pflegestufe hat, sind zusätzlich 38 Euro pro Tag aufzubringen. Diese Beträge sind vergleichbar mit anderen Einrichtungen der Region. Wenn es also gelingt, dass durch Unterstützung mit Serviceleistungen ältere Menschen den Weg in eine Pflegeeinrichtung um Jahre hinaus schieben können, ist diese Wohnform von erheblichem finanziellem Vorteil. Hinzu kommen noch die Vorteile, weiterhin ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Aber wenn es nur um das Geld geht, gäbe es auch noch einen anderen Lösungsansatz. Wir haben in den zurückliegenden 20 Jahren mehrere 10 Millionen Euro in Schulen, Kitas, Turnhallen und Hortplätze investiert. Das war erforderlich und auch richtig, wenn auch die Investition in die 3. Grundschule auf dem Seeberg in ein Gebäude hinterfragt werden könnte, ob es der richtige Standort war. Denn nun sind mit dem anstehenden Auszug aus dem Gebäude erneut weitere Millionen an einem neuen Standort erforderlich. Diesen zig Millionen an Investitionen für unsere junge Generation stehen nun 400.000 Euro an Zuschuss an die gewog für die Wohnanlage an der Heinrich-Heine-Straße gegenüber. Wenn der Zuschuss auf 800.000 Euro, wie im Beschluss der Gemeindevertretung von 2008 festgelegt, erhöht würde, könnte die Kaltmiete um die Kosten der Betreuungsleistung, also 50 bis 70 Euro, gesenkt werden. Es ist auch keine Lösung, die Entscheidung über das Betreuungsangebot Ja oder Nein dem Aufsichtsrat der gewog zu übertragen. Das hätte rechtlich ein Scheitern zur Folge, da es nicht an die Berechtigung für den Bezug einer Mietwohnung nach Vergaberichtlinie gekoppelt ist. Deshalb abschließend die Bitte, stimmen Sie der Beschlussvorlage ohne Maßgabe 2 zu. Die ältere Generation wird es Ihnen danken, denn immerhin macht der Bevölkerungsanteil der über 65jährigen bis zum Jahr 2020 über 25% an der Gesamtbevölkerung des Ortes aus. Deshalb brauchen wir den Einstieg in eine zukunftsweisende Wohnform für Senioren. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

An der Aussprache zur DS-Nr. 010/13 beteiligt sich:

Frau Schwarzkopf

Änderungsantrag der Fraktion B 90/Grüne – Die Maßgabe 2 des Hauptausschusses wird gestrichen.

Antrag der Fraktion SPD/PRO auf namentliche Abstimmung des Änderungsantrages.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich:

Herr Templin
Herr Handschumacher
Herr Singer
Frau Krause-Hinrichs
Frau Sahlmann

Namentliche Abstimmung Änderungsantrag

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Baumgraß, Holger	-	-	-
Burkardt, Ludwig		X	
Christall, John	-	-	-
Eiternick, Gisela			X
Grubert, Michael	X		
Göritz, Axel		X	
Handschumacher, Bert		X	
Heilmann, Kathrin		X	
Heilmann, Horst	X		
Kimpfel, Dr. Kornelia		X	
Klocksin, Dr. Jens	-	-	-
Krause-Hinrichs, Susanne	X		
Kreemke, Wolfgang		X	
Krüger, Bernd		X	
Mueller, Dr. Axel	X		
Musiol, Frank			X
Nieter, Wolfgang			X
Nitzsche, Dr. Klaus	X		
Sahlmann, Barbara	X		
Scharp, Dr. Michael	X		
Scheib, Angelika		X	
Schmidt, Markus			X
Schwarzkopf, Andrea	X		
Singer, Thomas		X	
Tauscher, Maximilian	-	-	-

Templin, Roland			X
Vogdt, Marion	-	-	-
von Wnuk-Lipinski, Arnim	X		
Warnick, Klaus-Jürgen		X	
gesamt	9	10	5

Abstimmung zum Änderungsantrag:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung zur DS-Nr. 010/13 mit Maßgabe:

Die DS-Nr. 010/13 mit Maßgabe wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 8 Satzungen, Ordnungsbehördliche Verordnungen

TOP 8.1 Durchführung des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbglÖG) DS-Nr. 005/13

Die anliegende Ordnungsbehördliche Verordnung zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage aus Anlass von besonderen Ereignissen im Jahre 2013 wird beschlossen.

Anlage

Ordnungsbehördliche Verordnung verkaufsoffener Sonn- und Feiertage 2013

➤ Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur Ds-Nr. 005/13 beteiligen sich:

Es findet keine Aussprache statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 005/13:

Die DS-Nr. 005/13 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 9 Mitgliedschaften/Beteiligungen

TOP 9.1 Gesellschaft kommunaler E.ON edis Aktionäre mbH - Umstrukturierung bei der E.ON edis AG - DS-Nr. 018/13

Der Bürgermeister wird beauftragt, mit den Geschäftsanteilen an der Gesellschaft kommunaler E.ON e.dis Aktionäre mbH für die

1. Umfirmierung von E.ON edis AG in „E.DIS AG“ zu stimmen.
2. Übertragung des Vertriebsgeschäfts

a) Abspaltung

Der Abspaltung des Vertriebsgeschäfts der E.ON edis AG auf eine zusammengeführte, deutschlandweit tätige Vertriebsgesellschaft wird zugestimmt.

b) Umsetzungsweg

Die Abspaltung soll nach der „1-stufigen Variante“ erfolgen. Für den Fall fehlender Einstimmigkeit aller Aktionäre stimmt der Aktionär Gesellschaft kommunaler edis Aktionäre mbH auch einer Abspaltung nach der „2-stufigen Variante“ zu.

c) Wahl Vertrieb/Netz

Unabhängig vom Umsetzungsweg beteiligt sich die Gesellschaft kommunaler E.ON edis Aktionäre mbH nicht an der zusammengeführten, deutschlandweit tätigen Vertriebsgesellschaft, sondern erhöht ihre Beteiligung an der E.ON edis AG um den entsprechenden Wert.

3. Der Vertreter der Gesellschaft kommunaler E.ON edis Aktionäre mbH soll die Stimmrechte in Hauptversammlungen der E.ON edis AG entsprechend ausüben und alle für die Umsetzung der Abspaltung erforderlichen oder zweckmäßigen Maßnahmen veranlassen. Vor dem Hintergrund der bereits erfolgten Bewertungen durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften BDO und KPMG soll er auf eine zusätzliche Spaltungsprüfung und auf Rechtsmittel (z. B. Anfechtungsklagen, Spruchverfahren) gegen den Abspaltungsbeschluss oder das Umtauschverhältnis sowie auf die Geltendmachung anderer Leistungen als der vorstehend Beschriebenen im Zusammenhang mit der Abspaltung verzichten.

Anlage

Erläuterungen zur Fortentwicklung der E.ON edis

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 018/13 beteiligt sich:

Frau Schwarzkopf für die Fraktion B 90/Grüne zu Protokoll

An Hand der Unterlagen ist zu erkennen, dass die verbindliche Festlegung unserer Abstimmung bis spätestens 25. März 2013 hätte stattfinden müssen. Das erkennen sie in den Unterlagen auf Seite 6 von 8. Aus diesem Grund ist die Abstimmung, die wir heute leisten, eine Farce. Wir finden, dass zu einem Zeitpunkt, wo unsere Stimme gefragt wird, wir ganz besonders die Möglichkeit haben, unseren Vertreter bei E.ON edis, der die Stimmrechte ausübt, noch einmal zu befragen. In diesem Zusammenhang habe ich den Bürgermeister gebeten, Herrn Böttcher einzuladen. Das wurde vom Bürgermeister abgelehnt, was ich schade finde. Es ist uns noch einmal eine Erläuterung zur Beschlussvorlage zugegangen. In dieser Erläuterung wird dargestellt, dass die Dividenden für die Jahre 2010 und 2011 einen jeweiligen Betrag vorgeben und dass die Dividende für das Jahr 2012 noch nicht vorliegt. Das kann im Grunde genommen nicht sein, weil normalerweise die Dividende mit der Hauptversammlung im I. Quartal schon beschlossen wird. Das I. Quartal ist schon vorbei. Wenn Sie als Anteilseigner diese Informationen einholen, müssten Sie die Zahlen für 2012 vor-

Abstimmung zur DS-Nr. 031/13:

Die DS-Nr. 031/13 wird einstimmig beschlossen.

**TOP
10.1.2**

Abberufung und Berufung von sachkundigen Einwohnern im Ausschuss Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten

DS-Nr. 032/13

Die Fraktion SPD/PRO beantragt mit sofortiger Wirkung die **Abberufung** von

Herrn

René Opper

Im Hagen 7

und die **Berufung** von

Frau

Catrin Schiffer

Steinweg 34

als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten.

An der Aussprache zur DS-Nr. 032/13 beteiligen sich:

Es findet keine Aussprache statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 032/13:

Die DS-Nr. 032/13 wird einstimmig beschlossen.

**TOP
10.1.3**

Nachbesetzung im Werksausschuss des Eigenbetriebes KITA-Verbund durch ein Mitglied der Fraktion WIR - Antrag der Fraktion WIR

DS-Nr. 033/13

Die Gemeindevertretung beschließt auf Vorschlag der Fraktion WIR folgende Nachbesetzung im Werksausschuss des Eigenbetriebes KITA-Verbund:

Fraktion	Mitglied
WIR	Herr Axel Göritz

An der Aussprache zur DS-Nr. 033/13 beteiligen sich:

Es findet keine Aussprache statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 033/13:

Die DS-Nr. 033/13 wird einstimmig beschlossen.

TOP 10.1.4	Entsendung eines Mitgliedes der Fraktion WIR in die Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft "Der Teltow" (KAT)	DS-Nr. 034/13
-----------------------	--	----------------------

Die Gemeindevertretung entsendet Herrn Axel Göritz als Nachfolger für Herrn Christian Grützmann in die Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“ (KAT).

An der Aussprache zur DS-Nr. 034/13 beteiligen sich:

Es findet keine Aussprache statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 034/13:

Die DS-Nr. 034/13 wird einstimmig beschlossen.

TOP 10.1.5	Besetzung des Aufsichtsrates der Freibad Kiebitzberge GmbH	DS-Nr. 035/13
-----------------------	---	----------------------

Die Gemeindevertretung beschließt gemäß § 41 BbgKVerf auf Vorschlag der Fraktionen folgende Besetzung des Aufsichtsrates der Freibad Kiebitzberge GmbH mit Gemeindevertretern:

Fraktion	Aufsichtsratsmitglied
CDU	Frau Kathrin Heilmann
SPD/PRO	Herr John Christall
Die LINKE.	Herr Wolfgang Kreemke

An der Aussprache zur DS-Nr. 035/13 beteiligen sich:

Es findet keine Aussprache statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 035/13:

Die DS-Nr. 035/13 wird einstimmig beschlossen.

TOP 11	Anfragen nach § 7 Absatz 2 Geschäftsordnung (schriftliche Anfragen)
---------------	--

TOP 11.1	Halteverbotschilder mit dem zusätzlichen Hinweis Winterdienst in der Straße "An der Stammbahn" - Anfragen von Frau Vogdt	DS-Nr. 029/13
-----------------	---	----------------------

In der Straße „An der Stammbahn“ in Kleinmachnow wurden kürzlich Halteverbotschilder mit dem zusätzlichen Hinweis Winterdienst aufgestellt.

Diese Schilder sind nicht als feste Straßenschilder montiert, d. h. sie werden je nach Witterungsbedingungen der Fahrtrichtung zuge dreht oder von der Fahrtrichtung weggedreht (gedreht im 90°-Winkel).

- 1. Wird diese Art der Beschilderung auch in anderen Straßen in Kleinmachnow gewählt?**
- 2. Weshalb wurde in der Straße „An der Stammbahn“ diese Art der Beschilderung gewählt?**
- 3. Wer entscheidet und auf welcher Grundlage, wann die Schilder der Fahrtrichtung zuge dreht werden bzw. von der Fahrtrichtung weggedreht werden?**
- 4. Wie erfolgt bei einer getroffenen Entscheidung, die Schilder zu drehen, die praktische Umsetzung und was ist hierzu an Personal und Arbeitsstunden sowie Fuhrpark notwendig?**
- 5. Ist der Einsatz dieser Art der Beschilderung auf Dauer ausgerichtet? Bitte die Gründe benennen.**
- 6. Wie werden Fahrzeughalter, deren Fahrzeuge durch dieses Vorgehen plötzlich im Halteverbot stehen, benachrichtigt?**

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.

Die Fragen wurden durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

TOP 12	Anfragen nach § 7 Absatz 3 Geschäftsordnung (mündliche Anfragen)
---------------	---

- 1. Herr Kreemke**
 - 1.1. Am 5. März 2013 hat der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil – 1 BvR 2457/08 – eine Entscheidung getroffen, die auch die gängige Praxis zur Altanschießerproblematik in Brandenburg in Frage stellt. Wie werden Sie als Bürgermeister und Mitglied des Vorstands der Verbandsversammlung im Interesse der Bürger unserer Gemeinde mit diesem Urteil umgehen?**

Bürgermeister Herr Grubert

Für einen bayrischen Fall hat der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts am 5. März 2013 ein Urteil gefällt. Die Auswirkungen auf die Situation im Land Brandenburg sind im Moment noch nicht so gefestigt. Alle Bescheide für den Bereich Teltow, Stahnsdorf, Kleinmachnow wurden verschickt. Wir sind der Auffassung, dass das Urteil uns nach erster Einschätzung noch nicht so tangiert, dass die Bescheide aufgehoben werden müssen. Der Landtag hat heute darüber diskutiert. Ich kenne die Auffassung des BBU, der immer anderer Auffassung war. Mit Stand von heute gibt es keine Änderung; wir sind immer noch der Auffassung, dass wir als Verband WAZV weiter so handeln müssen und dass uns das Gesetz nicht trifft. Ich bin aber gespannt, wie die weitere Auswirkung und die Diskussion im Land Brandenburg sich verhalten werden. Sollte es eine Regelung geben, werde ich sie selbstverständlich informieren und im Vorstand handeln.

- 2. Frau Schwarzkopf**
 - 2.1. Herr Bürgermeister, mit der Beantwortung der Frage aus der letzten Gemeindevertretersitzung zur DS-Nr. 030/10 bin ich sehr unzufrieden. Es steht drin, dass für die Selbstversorgung der kommunalen Gebäude mit regenerativen Energien keine weiteren PV-Ablagen zunächst benötigt werden. Ich möchte**

kurz ausführen, dass die Kommune am 18. Oktober 2010 das integrierte Energie- und Klimaschutzprogramm einstimmig beschlossen hat, zudem ist die Gemeinde Kleinmachnow seit 2004 Mitglied im Klimabündnis Alianca del Clima. Damit haben wir uns verpflichtet, dass wir die CO²-Immissionen um zehn Prozent alle fünf Jahre reduzieren, zudem dass wir eine Halbierung der Pro-Kopf-Immissionen bis spätestens 2030 erreichen. Was die Nutzung erneuerbarer Energien betrifft, ist die Gemeinde Kleinmachnow Schlusslicht im Land Brandenburg. Wir hatten gehofft, dass wir mit der Beschlussvorlage DS-Nr. 030/10 vom 25. März 2010 beschlossen haben, dass die kommunalen Dächer freigegeben werden für die Nutzung von regenerativen Anlagen. In der Beschlussvorlage wurde nicht explizit ausgewiesen, dass diese Nutzung durch private Träger geschehen soll, sondern es kann auch die Kommune als Betreiber auftreten. Fakt ist aber, dass es bisher noch nicht dazu gekommen ist. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich eine entsprechende Vorlage vorbereiten werde, die wir noch einmal in den Ausschüsse diskutieren sollten.

- 2.2. Meine zweite Frage betrifft das Jagdrecht in Kleinmachnow. Auf meine mündliche Anfrage hatten Sie geantwortet. Daraufhin hatte ich gebeten, einen Plan von Kleinmachnow zu erstellen, in dem zu erkennen ist, wo das Jagen innerhalb der Kommune für die Jäger möglich ist. Ich frage auch aus dem Grund, weil nämlich dadurch Regressansprüche von Seiten der Geschädigten entstehen können. Das heißt, wenn ein Jagdrecht ausgesprochen wird oder wenn innerhalb der Kommune gejagt werden darf, können meines Wissens, vielleicht ist es auch anders, die Eigentümer der Grundstücke Regressansprüche stellen, wenn eine Verwüstung stattfindet.

Bürgermeister Herr Grubert

zu 2.1.

Wenn Sie eine neue Beschlussvorlage einbringen, freue ich mich und wir sollten an geeigneter Stelle darüber diskutieren. Ansonsten habe ich Ihnen meine Antwort mitgeteilt. Es kommt vor, dass man bei einer Beantwortung unterschiedlicher Auffassung ist.

zu 2.2.

Von Seiten der Bürgerschaft bin ich darauf hingewiesen worden, dass es im Moment einige Probleme beim Ausüben des Jagens durch die Jagdpächter gibt. Ihre Anregung werde ich aufgreifen. Die Verwaltung bemüht sich, eine solche Liste in Abstimmung mit den Jagdpächtern und der Unteren Jagdaufsicht zusammenzustellen. Das wird aber einige Wochen in Anspruch nehmen.

3. Frau Sahlmann

- 3.1. Zunächst habe ich eine Nachfrage zur schriftlichen Beantwortung meiner mündlichen Anfrage, in der es um das Salzen der Straßen ging. Ich bin mit der relativ lapidaren Antwort auf den ersten Teil nicht einverstanden. Es ging um den Eintrag von Salzen der Straßen der Kategorie I, hier speziell der Eintrag von Salzen aus der Straße Ginsterheide in den Duellpfuhl. Es wurde so begründet, dass es nicht schädlich ist, sondern sogar der Wasserqualität dient. Bei der Antwort wird auch Herr Axel Mueller zitiert, ich wollte aber die Antwort gerne von der Verwaltung haben und nicht von Herrn Axel Mueller. Diesen Umgang mit meiner Anfrage finde ich nicht gut. Vielleicht könnte man noch einmal etwas ausführlicher auf meine Frage eingehen. Der Duellpfuhl ist auch nur ein Beispiel; es geht generell um den Eintrag von Salzen in

Gewässer. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass es der Natur dienlich ist, das Salz in die Gewässer einzutragen.

- 3.2. Denkmalstatus Gutshof im Alten Dorf – Ich hatte die Gelegenheit, ein archäologisches Gutachten zum Denkmalschutz einzusehen, das sehr interessant war. Ich möchte aber gerne noch einmal Auskunft darüber haben, welchen Schutzstatus es im Gutshof „Altes Dorf“ gibt. Auf welches Gelände genau bezieht sich dieser Denkmalschutz?**

Bürgermeister Herr Grubert

zu 3.1.

Ich habe mich auch auf das, was Herr Dr. Mueller gesagt hat, bezogen. Mehr kann ich im Moment dazu nicht sagen.

zu 3.2.

Die Frage wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

4. Herr Singer

- 4.1. Ich hatte schon mehrfach auf den Baum, der die Sicht auf das „Panzerdenkmal“ nimmt, angesprochen. Die Vegetationsperiode beginnt bald. Passt dort noch was?**
- 4.2. Im Nachgang zur Frage „Halteverbot wegen Winterdienst“ von Frau Vogdt – Ich hatte Sie angeschrieben zum konkreten Fall Kapuzinerweg mit den beiden öffentlichen Einrichtungen Hort und KITA. Das war sehr geschickt gemacht; die Eltern kommen früh um ihre Kinder abzugeben und das Ordnungsamt ist zur Stelle und verteilt Knöllchen. Dort, wo ab ca. 6:30 Uhr Besucherverkehr herrscht, muss entweder der Winterdienst schon erledigt sein oder man richtet das Halteverbot ab 9:00 Uhr ein.**
- 4.3. Wie sieht der Zeitplan zum Jugendcafé aus? Noch tut sich dort nichts.**

Bürgermeister Herr Grubert

zu 4.1.

Die Birke, um die es geht und um deren Beseitigung ich mich bemüht habe, steht leider nicht auf dem Gelände, wo ich sie beseitigen darf. Eine Beseitigung wird erst in der nächsten Fällperiode möglich sein, wenn der Eigentümer der Fläche dem zustimmt.

zu 4.2.

Ich habe die Mitarbeiter des Ordnungsamtes nicht dorthin geschickt, um durch die Knöllchenvergabe die Einnahmen der Gemeinde Kleinmachnow zu erhöhen. Das beidseitige Halteverbot hat sich als nicht praktikabel erwiesen. Aus diesem Grund wird im Bereich des Kapuzinerwegs im Winter 2013/2014 nur noch ein einseitiges Halteverbot eingerichtet.

zu 4.3.

Die Stelle ist ausgeschrieben worden und die Baumaßnahmen haben begonnen. Die Eröffnung ist für Mitte Mai vorgesehen. Wenn das Schülercafé so gut angenommen wird wie ich hoffe, dann werden wir uns um eine Verlängerung des Vertrages bemühen.

Kleinmachnow, den 17.05.2013

Klaus-Jürgen Warnick
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Anlagen